

GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

Nr. 35, Februar 1990



Kinderzeichnung 1987 aus Oświęcim zum Thema »KZ Auschwitz«.

AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE E.V.

Gedenkstätten-Rundbrief
Nr. 35 Februar 1990

Inhaltsverzeichnis

A Zur Diskussion

- Triumph des Willens - Führerkult und geistige Mobilmachung 3
von Dr. Martin Lioperdinger

B Berichte

- Niedersächsischer Landtag beschließt Unterstützung der 7
Gedenkstättenarbeit
- Das neue DIZ - Ergebnis langer Verhandlungen 8
- Museum of Jewish Heritage in New York 10
- Als 16-jähriger ins Kinder-KZ Moringen 12
- Eine Hamburger Polit-Posse 14
von Johannes Richter

C Infos, News

- Initiativen zur Entschädigung von NS-Opfern 15
von Thomas Lutz
- Diskussion um Gedenkstätte Drütte geht weiter 16
- Schwierigkeiten mit Archiven ?
- Synagoge Gudensberg - Ohne Zusagen kein Ankauf 17
- Mahn- und Gedenkstätte Grafeneck in Planung

D Veranstaltungshinweis

- Bundesweites Gedenkstättenseminar vom 24.-27. Mai in Moringen: 18
"Jugendopposition und deren Unterdrückung im NS-Regime
Weiter Hinweise
Seminar am 12./13. Mai:
Kriegsgefangene in den Emslandlagern

E Literaturhinweise

- Ausstellungen 21
- Zerschlagenes Rad - Zigeuner zwischen Romatisierung und
Vernichtung
- "Dachau somit judenfrei..."
- Bücher, Broschüren 22
- Pressespiegel zum Thema Rechtsextremismus 23

"Triumph des Willens": Führerkult und geistige Mobilmachung

Thema des letzten Gedenkstättenseminars war "Faszination der Gewalt", ausgehend von Nürnberger Parteitagsgelände. In einem Referat hat Dr. Martin Loiperdinger dem Seminar den Film von Leni Riefenstahl analysiert und in seiner Wirkung beschrieben. Hier ist nun die überarbeitete Fassung seines Beitrages abgedruckt.

von Dr. Martin Loiperdinger

Die nationalsozialistische Herrschaft ist angetreten, das Ergebnis des Ersten Weltkriegs durch den Einsatz militärischer Gewalt zu revidieren. Deutschland soll wieder Weltmacht werden - durch den Sieg in einem Krieg, dessen Vorbereitung von Anfang an tatkräftig betrieben wird. Schon am 3. Februar 1933 deklariert Adolf Hitler vor den Befehlshabern von Heer und Marine die "Eroberung neuen Lebensraums im Osten" als Ziel seiner Regierung. Vordringlich neben der militärischen Aufrüstung - sei die Ausrichtung der Innenpolitik auf die "Stärkung des Wehrwillens" (vgl. das sog. Liebmann-Protokoll). Hierfür zuständig ist vor allem der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Unumwunden bezeichnet es Josef Goebbels als seine Aufgabe, "in Deutschland eine geistige Mobilmachung zu vollziehen" (am 25. März in einer Ansprache an die Rundfunkintendanten).

Ziel dieser geistigen Mobilmachung ist die innere Bereitschaft zum Einsatz für Staat und Nation, die vor dem Einsatz des eigenen Lebens nicht Halt macht. Jede Besinnung eines abwägenden Verstands, der noch nach Nutzen und Gründen fragt, muß bei diesem Vorhaben stören. Nationalsozialisten achten deshalb den Verstand gering, legen aber großen Wert auf die Feststellung, daß Nationalsozialismus Gefühlssache sei. Sie fördern das schon vorhandene Nationalempfinden der Bevölkerung nach Kräften: zum einen durch die Erfolge der nationalsozialistischen Revisionspolitik, die als Tilgung der "Schmach von Versailles" gefeiert werden - von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bis zum "Anschluß" Österreichs; zum andern durch öffentliche Veranstaltungen, die regelmäßig und in großer Zahl eigens zu dem Zweck inszeniert werden, den "Volksgenossen" ein durch Pflichterfüllung starkes Deutschland vorzuführen.

Die Ableistung von bedingungslosem Gehorsam wird sinnfällig demonstriert bei Gelöbnisfeiern, die zu den verschiedensten Anlässen veranstaltet werden und ihren Höhepunkt alljährlich auf dem Reichsparteitag finden. Die gigantischen politischen Rekrutenvereidigungen auf dem Nürnberger Parteitagsgelände zeigen demonstrativ, daß das gesellschaftliche und öffentliche Leben im deutschen Faschismus nach dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam vor sich zu gehen hat. Das erfordert den Willen zur absoluten Pflichterfüllung für Deutschland und den "Führer". Die inszenierten Gelöbnisfeiern beweisen, daß es diesen Willen als leuchtendes Beispiel für alle bereits gibt, indem die Gefolgschaft (Parteifunktionäre, SA- und SS-Männer, Hitler-Jugend, Arbeitsdienst) zum Appell vor Hitler antritt und ihren bedingungslosen Gehorsam durch militärische Exerzierübungen sichtbar macht.

Geistige Mobilmachung im deutschen Faschismus operiert vor allem auf dem Feld der Anschauung. Die ästhetischen Szenarien der Nürnberger Gelöbnisfeiern bieten Teilnehmern und Zuschauern ein Schauspiel. Als Wahrnehmungsorgan wird von diesen Veranstaltungen vorrangig das Auge angesprochen. Als Medium zur Weiterverbreitung der Parteitagsappelle eignet sich deshalb am besten der Film.

Dem nationalsozialistischen Regime ist sehr daran gelegen, daß der Parteitag in die Kinos kommt. Die Nürnberger Gelöbnisfeiern können auf diesem Weg weiten Kreisen der Bevölkerung unmittelbar zur Anschauung gebracht werden: Über das massenhafte Kinoerlebnis soll der Parteitag "Kraftquell für die ganze Nation" werden (Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz, Pressedienst der NSDAP, Folge 71, 25.3.1935).

Nachdem sie mit dem Film "Sieg des Glaubens" bereits eine erfolgreiche Kino-version des Parteitags von 1933 geliefert hat, wird Leni Riefenstahl von Adolf Hitler beauftragt, auch den "Reichsparteitag der Einheit und Stärke" von 1934 zu verfilmen. Als Frau, die nicht Mitglied der NSDAP ist, zugleich vom "Führer" persönlich protegiert wird und diesmal völlig unabhängig von der Filmabteilung der Partei arbeiten soll, braucht Leni Riefenstahl keine Rücksichten auf Proporz und interne Querelen nehmen. Sie kann sich

ungestört der Aufgabe widmen, in künstlerischer Freiheit den - wie sie sagt - "Glaubensinhalt" des Parteitags filmisch zur Geltung zu bringen. An subjektiver Eignung bringt die Tänzerin und Bergfilm-Darstellerin ihre scheinbar unpolitische Begeisterung für die ästhetischen Ideale von "Kraft und Schönheit" mit. Für die objektiven Voraussetzungen sorgen 300 000 RM Verleih-Garantie des Ufa-Konzerns und selbstverständlich die Unterstützung der NSDAP bei den Dreharbeiten. Nie zuvor ist für Dokumentarfilmpropaganda ein derartiger Aufwand getrieben worden: Ganz abgesehen von den Hunderttausenden, die ohnehin als Statisten an den Gelöbnisfeiern teilnehmen, gebietet die Regisseurin über einen Mitarbeiterstab von etwa 170 Mann. Sie kann es sich leisten, an die 130 000 Meter Film belichten zu lassen. Daraus wird in monatelanger Arbeit ein abendfüllender Film von 3000 Meter Länge geschnitten, dem Adolf Hitler den Titel "Triumph des Willens" gibt.

Am Schneidetisch wird eine stoffliche Verdichtung und dramaturgische Überhöhung des Aufnahmемaterials vorgenommen. Totenehrung und Führerkult stellt Leni Riefenstahl als Kern der Parteitagshandlung heraus: Das Bekenntnis zur Revision der Niederlage im Ersten Weltkrieg durchzieht den Film wie ein roter Faden.

Unübersehbar ist das zum Beispiel beim Arbeitsdienst-Appell: "Einwandfrei ausgerichtet" sind 52 000 Angehörige des Freiwilligen Arbeitsdienstes angetreten und exerzieren - in Ermangelung von Gewehren mit ihren Spaten. Ein Chorspiel reklamiert ergänzend den Anspruch der "Soldaten der Arbeit" auf wirkliches Soldatentum:

"Wir standen nicht im Schützengraben, und nicht im Trommelfeuer der Granaten - und sind trotzdem: Soldaten! (...) Hier steht des Reiches junge Mannschaft - wie einst bei Langemarck, bei Tannenberg, vor Lütich, vor Verdun..." Zur Abrufung dieser Schlachtenorte ertönt die Melodie von "Ich hatt' einen Kameraden", dann eine Stimme: Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen", ... ein Paukenschlag - Stille - und die Antwort des Chors: "Ihr seid nicht tot, ihr lebt - in Deutschland!"

Es wird eine Traditionslinie deutschen Soldatentums gezogen von den wilhelminischen Armeen zu den Schlägertrupps der SA-Verbände: jeweils ein Kampf um Deutschland - im Ersten Weltkrieg gegen den äußeren, in der Weimarer Republik gegen den inneren Feind. Der Kampf im Innern wurde durch die



/ 477 / und marschieren ...

Liquidierung der Arbeiterbewegung siegreich beendet, die Revision der Weltkriegsniederlage steht noch aus. Sichtbar und hörbar demonstrieren die Arbeitsdienstmänner dem Kinopublikum ihre Bereitschaft, neues Land nicht nur mit dem Spaten zu gewinnen, sondern auch mit der Waffe zu erobern.

Eine weitere Totenehrung zeigt der Film beim Appell der SA und SS im Luitpoldhain. Diese Szene bildet zugleich einen Höhepunkt in der dramaturgischen Konstruktion des Führermythos: Hitler geht, gefolgt vom SA-Chef Lutze und von Heinrich Himmler, durch die schweigenden Karrees seiner "politischen Soldaten" zum Ehrenmal für die Gefallenen, bleibt dort eine Weile stumm stehen und tritt wieder den Rückweg an. Szenisch empfängt er so das Vermächtnis der Toten, um es als unumstößlichen Befehl weiterzureichen an die Lebenden. Die Gefolgschaft beantwortet jede Rede des "Führers" auf dem Parteitag mit einem dreifachen "Sieg Heil!". Damit wird im Ritual der Nürnberger Appellhandlung der Treueschwur besiegelt. Im Gedenken an die für Deutschland Gefallenen wird also das Gelöbnis abgelegt, jederzeit sein eigenes Leben einsetzen zu wollen für die Belange der Nation, über die der "Führer" entscheidet. Treue zum Führer soll gleichbedeutend sein mit der Bereitschaft zum Sterben für Deutschland. Das ist, auf einen Nenner gebracht, die politische Botschaft des Parteitagfilms "Triumph des Willens".

Ein Führungsanspruch dieser Tragweite erfordert politische Legitimation. Schrankenlose Herrschaft verlangt die schrankenlose Glaubwürdigkeit desjenigen, der sie ausübt. Um das eigene Leben ohne Vorbehalt der Befehlsgewalt Adolf Hitlers zu überantworten, muß die Gefolgschaft dem "Führer" grenzenloses Vertrauen entgegenbringen. Dem politischen Bedürfnis nach Stilisierung und Überhöhung der Führerfigur kommt im Parteitagefilm die Bildregie entgegen. Die Gestaltungsmittel der Kinetographie, vor allem Kameraführung, Beleuchtung und Schnitt, werden eingesetzt, um den nationalsozialistischen Führerkult wirkungsvoll ins Bild zu setzen.



1965 vom Führer

Die absolute Dominanz des "Führers" über die Formationen der Partei wird durch die geeignete Wahl des Kamerastandpunkts akzentuiert. Beim Appell von SA und SS zum Beispiel fällt ins Auge, daß Hitler immer in Untersicht, die angetretene Gefolgschaft immer in Aufsicht gefilmt ist. Das Führerprinzip wird auf diese Weise visuell auf den Punkt gebracht: Zum "Führer" wird von unten aufgeschaut, die Angehörigen der Partei werden dagegen von oben inspiziert und kontrolliert.

Die sakrale Inszenierung des politischen "Führers" Adolf Hitler betreibt die Filmregie im "Triumph des Willens" vor allem bei seiner Einfahrt in Nürnberg, der Ansprache an die Hitler-Jugend und beim Vorbeimarsch auf dem Hauptmarkt. Die filmische Präsentation des "Führers" als Erlösergestalt arbeitet mit der Ausnutzung des Sonnenlichts und der perspektiv-

ischen Veränderung durch Aufnahmewinkel und Brennweiten der Objektive.

Bei der Ansprache an die Hitler-Jugend ist der Redner Hitler zunächst so aufgenommen, daß der Schatten des Tribünendachs auf ihn fällt. Gegen Ende seiner Rede fährt die Kamera langsam gegenschenkend so um ihn herum, daß der hinter dem Mikrofon stehende Hitler scheinbar selbst aus dem Dunkel ins sonnendurchflutete Freie gefahren kommt. Die von der Kamera bewirkte Bewegung ins Licht geschieht in dem Moment, als der "Führer" an die Jugendlichen die biblischen Worte richtet: "... denn Ihr seid Fleisch von unserem Fleisch, und Blut von unserem Blut".

Ein ähnlicher Effekt wird bei Hitlers Einfahrt in Nürnberg erzielt, indem abwechselnd Licht- und Schattenzonen durchfahren werden. Im Gegenlicht der einfallenden Sonnenstrahlen wird mit Weichzeichner ein Lichthof um Hitlers Kopf und Handrücken erzeugt: In Groß- und Nahaufnahme erscheint der "Führer" von einer Lichtgloriole umstrahlt, die einem Heilighenschein gleicht. Hitlers Pose - aufrecht im offenen Verschlag seines Mercedes stehend, den rechten Arm erhoben, Handfläche nach vornweisend - vervollständigt den Eindruck, daß die Kameraregie an die christliche Ikonographie des Heilands anknüpft.

Beim Vorbeimarsch auf dem Hauptmarkt ist Hitlers gestreckte Rechte schräg von unten mit Teleobjektiv aus einem Winkel so aufgenommen, als würden die SA- und SS-Männer unter der erhobenen Hand des "Führers" wie unter einem Baldachin hindurchmarschieren. Hitler hält seine Hand wie einen schützenden Schirm über sie. Aus diesem Blickwinkel wird die Pose, mit der Hitler den Vorbeimarsch abnimmt, im Film zum Segen, den er "seinen" Männern gibt. Filmisch derart idealisiert, erscheint Adolf Hitler als politischer Messias der Nation.

Diese Art der sakralen Huldigung, wie sie uns visualisiert im Parteitagefilm "Triumph des Willens" begegnet, mag von heute aus betrachtet nicht ohne Komik sein. Sie besitzt jedoch damals eine reale Grundlage im Zusammenfallen der Person Hitler mit einer schier unbegrenzten politischen Machtfülle und ist von daher alles andere als lächerlich. Adolf Hitler verkörpert die faschistische Staatsgewalt, weil der "Führer" tatsächlich über die Gewalt dieses Staats gebietet: Abgesehen von seiner unangefochtenen Stellung an der

Spitze der Staatspartei und der Regierung ist Hitler im September 1934 de facto auch "oberster Gerichtsherr", was in Anspielung auf die Morde vom 30. Juni während des Parteitags mehrfach erwähnt wird. Außerdem ist Hitler seit dem Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. August auch noch Staatsoberhaupt und der Oberbefehlshaber des Militärs, das nun auf ihn persönlich vereidigt wird.

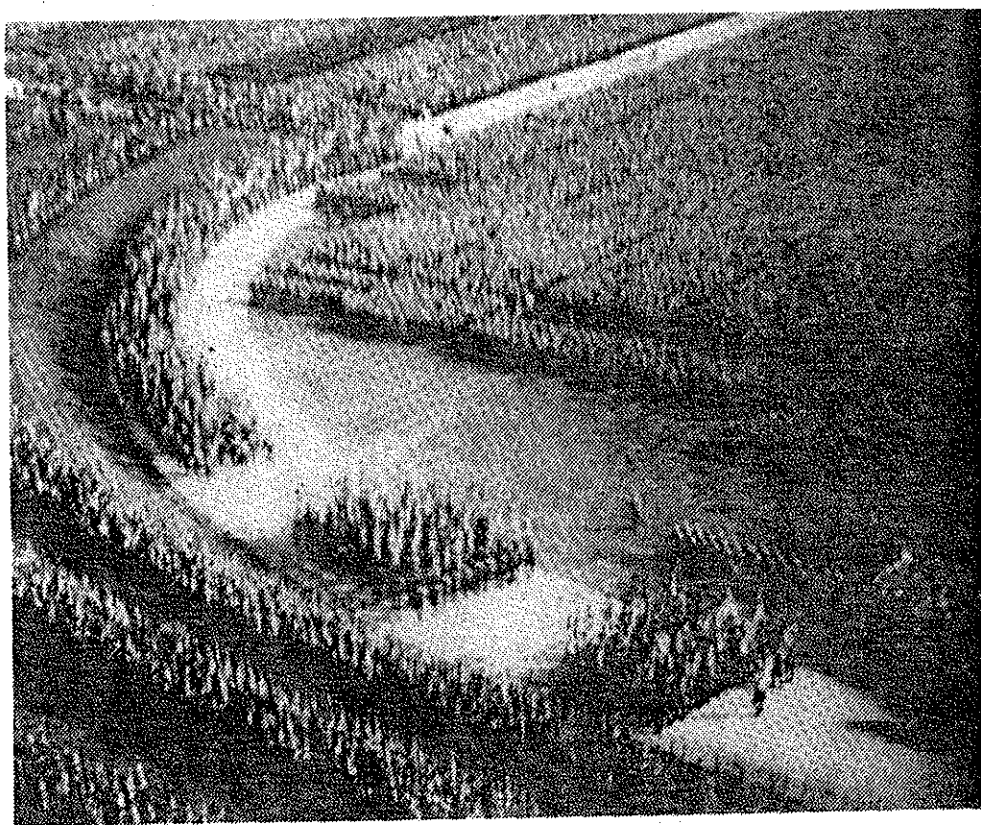
"Triumph des Willens" ist der Film über Adolf Hitler schlechthin. Auf den Gelöbnisfeiern wird die schrankenlose Befehlsgewalt des "Führers" bestätigt und bekräftigt. Die Filmversion des Parteitags

bringt diesen Führerkult in die Kinos. Das Nürnberger Schauspiel von Gehorsam und Pflichterfüllung wird dem Millionenpublikum zur Nachahmung verabreicht - keine Dekoration der Gewalt, keine ästhetische Fassade, um die Zuschauer hinter Licht zu führen, sondern unmißverständlich: geistige Mobilmachung auf der Leinwand.

Literaturhinweis:

Martin Loiperdinger: Rituale der Mobilmachung. Der Parteitagsfilm "Triumph des Willens" von Leni Riefenstahl, Leske + Budrich: Opladen 1987

Die hier gezeigten Abbildungen sind diesem Buch entnommen.



/ 771 / Die Partei besetzt das Feld

Niedersächsischer Landtag beschließt Unterstützung der Gedenkstättenarbeit

Im Rundbrief Nr. 31 vom Juni 1998 wurde über die Initiative der SPD-Niedersachsen berichtet, einen Landesetat zur Unterstützung regionaler Gedenkstättenarbeit einzurichten. Dazu hat im Juni letzten Jahres eine Anhörung vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Kunst stattgefunden. Von diesem Ausschuß ist eine Empfehlung an den Landtag ergangen, die in der 102. Landtagssitzung im Januar d.J. einstimmig angenommen wurde. Diese Beschlussempfehlung ist im Folgenden abgedruckt.

Vergleicht man die Empfehlung mit dem im Rundbrief 31 abgedruckten Antrag der SPD-Fraktion, so wird man insbesondere, was die Anbindung und den Vergabeausschuß für die Mittel betrifft, Verschiebungen feststellen. Da der Teufel bekanntlich im Detail steckt, bleibt abzuwarten, in wie weit diese Konstruktion eine optimale Unterstützung der regionalen Gedenkstättenarbeit leisten wird.

Festzuhalten bleibt, daß mit diesem Beschluß in einem Bundesland ein politischer Durchbruch erzielt wurde, der auch für andere Bundesländer als Vorbild dienen sollte.

Beschlussempfehlung Drucksache 11/4828

Der ausschuß für Wissenschaft und Kunst empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

"Entschliebung

Die Landesregierung wird aufgefordert, über die bereits vom Landtag beschlossene Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen hinaus folgende weitere Maßnahmen einzuleiten:

1. Im Zusammenhang mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen wird ein Zentralnachweis eingerichtet, in dem Hinweise auf Archivalien und Literatur über die Verfolgung von Menschen aus politischen, rassischen, religiösen und anderen Gründen während der Zeit des Nationalsozialismus auf dem Gebiet Niedersachsens erfaßt werden. Dieser Zentralnachweis unterstützt die regionale Gedenkstättenarbeit und die Forschung und steht Betroffenen und den Angehörigen zur Verfügung. So soll ein Beitrag zur Sicherstellung der Erinnerung an die Opfer und an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet werden.

2. Zur Förderung der Gedenkstättenarbeit und der Aufarbeitung von Wissensdefiziten in diesem Bereich sind Haushaltsmittel einzusetzen. Daraus werden Projekte der Gedenkstättenarbeit unterstützt, die der Aufklärung über die Verbrechen während der NS-Zeit dienen oder an die Opfer der Verfolgung und den Widerstand in Niedersachsen erinnern. Die Vergabe der Mittel erfolgt auf Empfehlung des wissenschaftlichen Beirates bei der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Das nähere Verfahren wird durch allgemeine Richtlinien geregelt.

Bei der Erstellung der Richtlinien werden die Gedenkstätten-Initiativen gehört.

3. Die Fortbildungsveranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung, des Niedersächsischen Landesinstitutes für Lehrerfort-, -weiterbildung und Unterrichtsforschung und der einschlägigen Ministerien enthalten regelmäßig Angebote für die Information, Anregung und sachgerechte Behandlung regionaler Gedenkstättenarbeit.

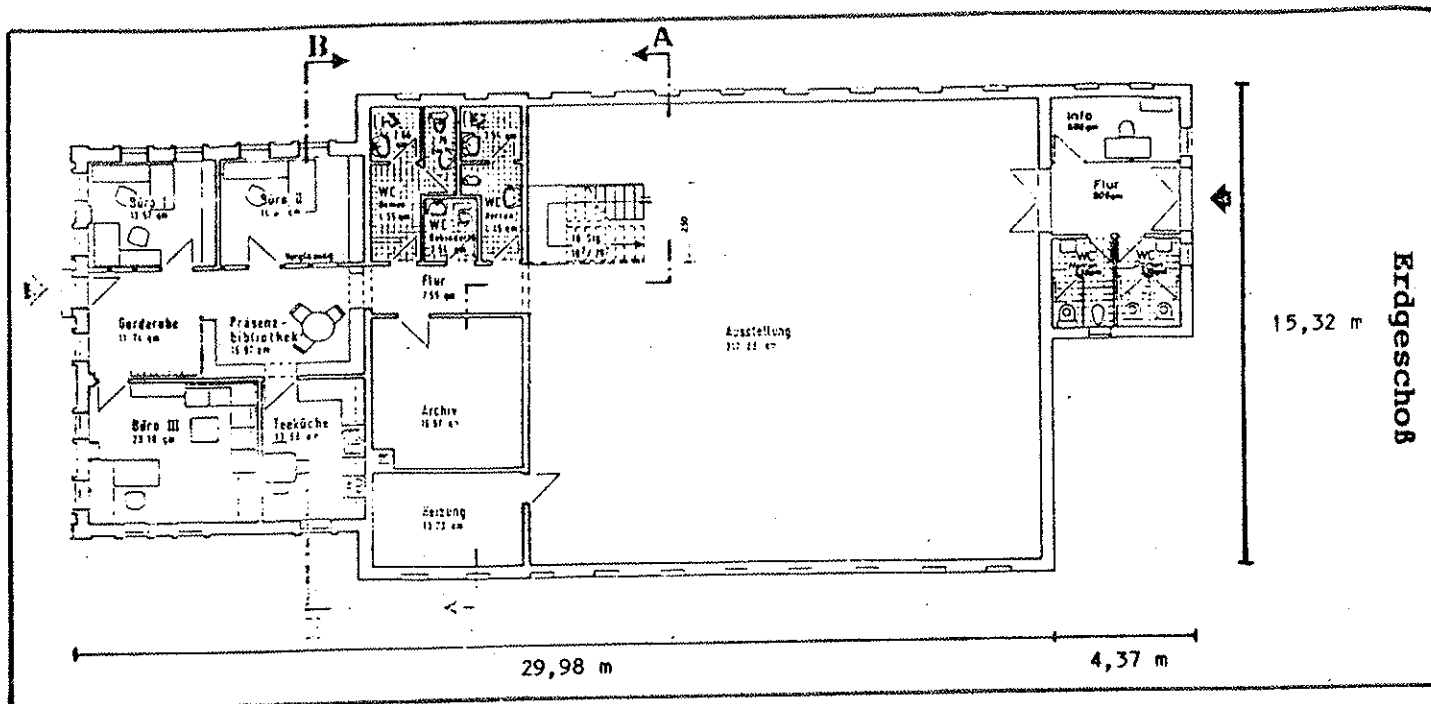
4. Die älteren Jahrgänge der Schulen sollen im Rahmen von Projekten oder Kursen Gelegenheit erhalten, in diesem Bereich historisch-politische Arbeit zu leisten.

5. Es sind Denkmale aus dieser Zeit in das Verzeichnis der Kulturdenkmale (Par. 4 Nieders. Denkmalschutzgesetz) aufzunehmen.

6. Das Land veranstaltet zu Fragen der Gedenkstättenpädagogik regelmäßig ein zentrales Symposium."

**Ein Gedenkraum für
Neuengamme Wir bit
ten um Ihre Spende
für die künstlerische
Ausgestaltung des Ge
denkraumes auf dem
Gelände des ehemali
gen Konzentrationsla
gers.**

Entwurf zum Plakatwettbewerb:
Ein Gedenkraum für Neuengamme;
Bärbel Biwald, 3. Preis



Das neue DIZ Ergebnis langer Verhandlungen

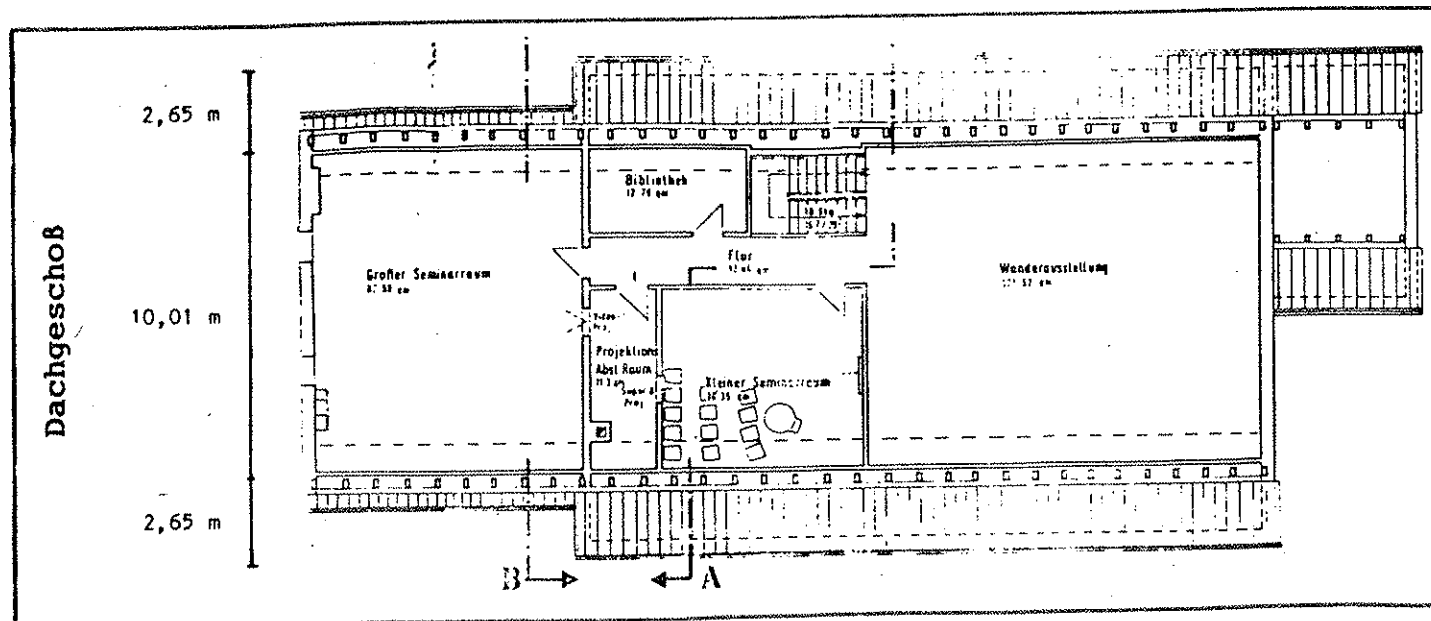
Was in den letzten DIZ-Nachrichten aus Gründen gemeinsam vereinbarten Stillschweigens während der Verhandlungsphase nur angedeutet werden konnte, ist jetzt (auch) durch den Papenburger Bürgermeister Hövelmann an die Öffentlichkeit gebracht worden: Im Rahmen der Veranstaltungen des DIZ hat er beim Empfang der ehemaligen Moorsoldaten am 1. September

ber im Rathaus Papenburg offiziell die Baupläne für einen völligen Neu- und Umbau des jetzigen DIZ-Gebäudes (wie rechts 22) Prof. Werner Boldt überreicht.

Zeitverzögerungen in der gemeinsamen Planung und in den Verhandlungen für und um ein neues DIZ ließen es nicht zu, die Veranstaltungen zum 1.9. mit der Grund-

steinlegung zu beginnen. Die Planungen und Baumaßnahmen sollen dem DIZ eine hoffentlich endgültige und lang angestrebte Form geben. Das beharrliche Vorgehen und Warten, die Auseinandersetzungen mit den zuständigen Behörden und Ämtern, die Arbeit in der Öffentlichkeit haben jetzt so ihren Erfolg gefunden.

Notwendige finanzielle Mittel für den Ankauf von Haus und Grundstück durch die Stadt sind von den Entscheidungsgremien genehmigt worden. Die bautechnischen Maßnahmen werden durch die Beschäftigungsinitiative Papenburg (BIP) durchgeführt.



Als ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der BIP und den Mitarbeitern des DIZ können wir die Bauzeichnungen hier abdrucken: Was von unseren Ideen technisch machbar ist, soll auch realisiert werden. Da die äußeren Formen aus Gründen der Bauerhaltung (Stadtverschönerungs-Programm) im wesentlichen ihren jetzigen Charakter behalten werden, muß sich unser Gestaltungsgewicht auf eine entsprechende Konzeption der Innenräume richten.

Wesentlichen räumlichen und inhaltlichen Anteil hat am DIZ die Ausstellung. An der Überarbeitung und Erweiterung des alten Konzeptes wird gearbeitet, um auch hier den Schritt von der provisorischen Lösung zur Endgültigkeit zu schaffen. Die Zeichnungen sehen für den Ausstellungsbereich noch keine baulichen Maßnahmen vor, so daß unseren Ideen dazu viel Freiraum in der Gestaltung gegeben ist.

Doch das DIZ bekommt nicht nur äußerlich so eine neue Form: Auch die Arbeit kann und soll jetzt "professioneller" im positiven Sinne werden, denn hoffentlich lenken mit dieser so geplanten Institutionalisierung des DIZ nicht weiterhin Scherereien um feuchte Tapeten und durchgetretene Teppichböden, defekte Küchenshocker und rostige Heizungs- und Wasserrohre von der gedenkstättenpädagogischen Arbeit ab. Eine qualifizierte Konzentration auf die Aufgaben, die jetzt auch einer gewissen öffentlichen Forderung (meint nicht: Bestimmung!) unterliegen, ist notwendig, so daß die Unterstützung des DIZ durch Mitglieder und Freunde nun nicht in dem Glauben beendet werden darf, mit dieser Lösung seien alle Probleme beseitigt. Zunächst kommt mit Sicherheit mehr Arbeit auf uns zu.

Stellensituation

Suche nach neuen Lösungen

Der Wandel des DIZ in ein neues Gebäude und damit diese vorläufig endgültige Lösung bringen alleine noch nicht eine Besserung der Stellensituation mit sich. Eher ist von wesentlich mehr Arbeit in der näheren Zukunft auszugehen, die geleistet werden muß, um das "Neue" einzurichten und gleichzeitig die bisherigen Gedenkstättenaktivitäten nicht zu weit einschränken zu müssen. Das könnte man für ein zeitlich begrenztes Problem halten, wenn nicht auch und gerade für die Zeit danach gelten würde, daß eine gute Arbeit nur mit qualifizierten Mitarbeitern zu erreichen ist, die auf Dauer vom Verein angestellt werden können. Ziel unserer "Personalpolitik" muß also die Einrichtung von Feststellen bleiben. Denn auch das Problem der Stellenbesetzung ist nur auf einem Weg zu lösen, der mehr Anreize bietet als ein kurzfristiges Engagement, das vielleicht nur als Sprungbrett für eine Beschäftigung in anderen Gedenkstätten oder Bildungseinrichtungen dient.

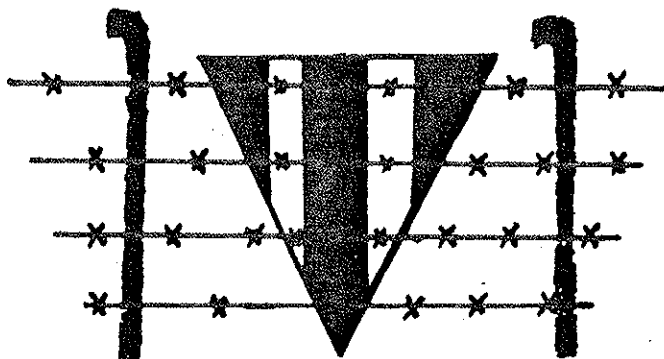
Die Stellenaktion für Kurt Buck ermöglicht uns seine Übernahme für zunächst ein Jahr.

Bei den Beratungen mit dem hiesigen Arbeitsamt stoßen wir wahr-

scheinlich wieder an beschäftigungsrechtliche Grenzen der ABM-Politik.

Die AB-Maßnahme für Marianne Kösters ist zum 31.8.1989 ausgelaufen, eine Fortführung noch nicht gesichert. Für das, was sie bis jetzt schon im DIZ geleistet hat, danken wir ihr. Die Verhandlungen mit dem Arbeitsamt um eine erneute Verlängerung zu geänderten Bedingungen laufen bei Marianne ebenso wie bei Fietje Ausländer, der nach einjähriger Abwesenheit (er hat währenddessen das Foto-Archiv angelegt und die DIZ-Schriftenreihe als Herausgeber der ersten beiden Bände begründet) wieder im DIZ tätig sein möchte - und hoffentlich auch kann und darf.

Für die Einrichtung und Sicherung von Feststellen im DIZ sollen jetzt alternative Möglichkeiten zur Einzelspenden-Aktion konsequent durchdacht und ausgeführt werden: In der Hauptsache geht es um die Einrichtung eines Förderfonds, der von politischen und gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden getragen werden soll. Noch liegen aber auch hier keine Garantien für eine mögliche Abkehr von den AB-Maßnahmen für wissenschaftliche Mitarbeiter vor.



Museum of Jewish Heritage

A Living Memorial To The Holocaust

Wir planen im Jahr 1992 "A Living Memorial to the Holocaust - Museum of Jewish Heritage" ("Eine lebende Erinnerung an die Massenvernichtung - Museum des Erbgutes der Juden") in der Stadt New York eröffnen. Es wird direkt am Wasser gegenüber dem Freiheitsdenkmal und Ellis Island gelegen sein.

Das Museum wird unter anderem Ausstellungen enthalten, die entweder dauernd oder kurzfristig sein werden, und auch eine Studienabteilung, wo man sich hauptsächlich mit den folgenden Themen beschäftigen wird: 1. Wie es vorher in der Welt war. Wir planen die tiefe und Vielseitigkeit des jüdischen Lebens im Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa und Nordafrika zu beschreiben; 2. Die Massenvernichtung; 3. Die Nachkriegszeit. Hier wollen wir die Probleme der Überlebenden behandeln und wie sie an verschiedenen Stellen der Erde versuchen ein neues Leben aufzubauen, und außerdem wird man sich mit den Prozessen gegen die Kriegsverbrecher beschäftigen. 4. Die Einwanderung der Juden in die Vereinigten Staaten von 1654 bis zur Gegenwart.

Unsere Hauptaufgabe im Moment ist für die Ausstellungen und die Studienabteilung Dokumente, Photos und Filmabschnitte zu erwerben, zu begutachten und einzugliedern.

Das Museum zieht es vor, für unsere Sammlung Originalfotos zu erhalten. In diesem Falle würde unser Registrar eine Geschenkquittung für die Photos ausfertigen. Wenn Sie es möchten, sind wir gern bereit Ihnen Kopien von den Original-Photos zu machen, die Sie uns für unsere Sammlung überlassen haben.

Falls Sie uns nicht Originalphotos geben wollen, würden wir Sie bitten, uns das Original zu leihen, damit unser eigener Photograph Kopien machen kann. Es wäre erforderlich, daß jedes Photo, das Sie uns geben mit einer kurzen Beschreibung versehen ist. Wenn es sich um ein Familien-Photo handelt, möchten wir gern eine kurze Geschichte der Familie haben, falls dies schon schriftlich vorhanden ist. Wenn das nicht möglich ist, würden wir gern mit Ihnen über die Photos sprechen, damit wir eine genaue Beschreibung machen können.

Wenn Sie sich entscheiden sollten, uns Originalphotos zum kopieren zu leihen, würden wir Ihnen einen kurzen Vertrag in Brief-Format senden, in dem Sie uns erlauben, diese Photos in unseren Vorträgen und Ausstellungen zu benutzen, und daß Ihr Name als Eigentümer der Photos erwähnt wird. Sie können natürlich vorziehen anonym zu bleiben.

Hier ist eine Teilliste der Objekte, die wir suchen:

Die Welt wie sie war:

Objekte die Anfangs des 20. Jahrhunderts in Europa oder Nordafrika entweder in jüdischen Haushalten oder für religiöse Zwecke verwendet wurden; Objekte, die ursprünglich im Besitz von jüdischen Organisationen waren oder die jüdisch-kulturell interessant sind; alle Arten von antisemitischer Propaganda; Photos und Filmabschnitte.

Die Massenvernichtung:

Judensterne; Reisepässe die einen "J" Stempel haben; Schilder im Zusammenhang mit der Freiheitsbegrenzung der Juden; Lager-Objekte wie Uniformen, Essgeräte; religiöse Objekte; Objekte, die mit der Widerstandsbewegung zu tun hatten, besonders mit der jüdischen Brigade; Ghetto-Objekte; geschändete Objekte;

Photos und Filmabschnitte.

Die Nachkriegszeit:

Gegenstände aus den DP-Lagern, wie Plakate, religiöse Gegenstände, die in den Lagern hergestellt wurden; hebräische Schulbesucher; Objekte, die im Gottesdienst benutzt wurden; Andenken an Cypern; Photos und Filmabschnitte.

Die Vereinigten Staaten von Amerika:

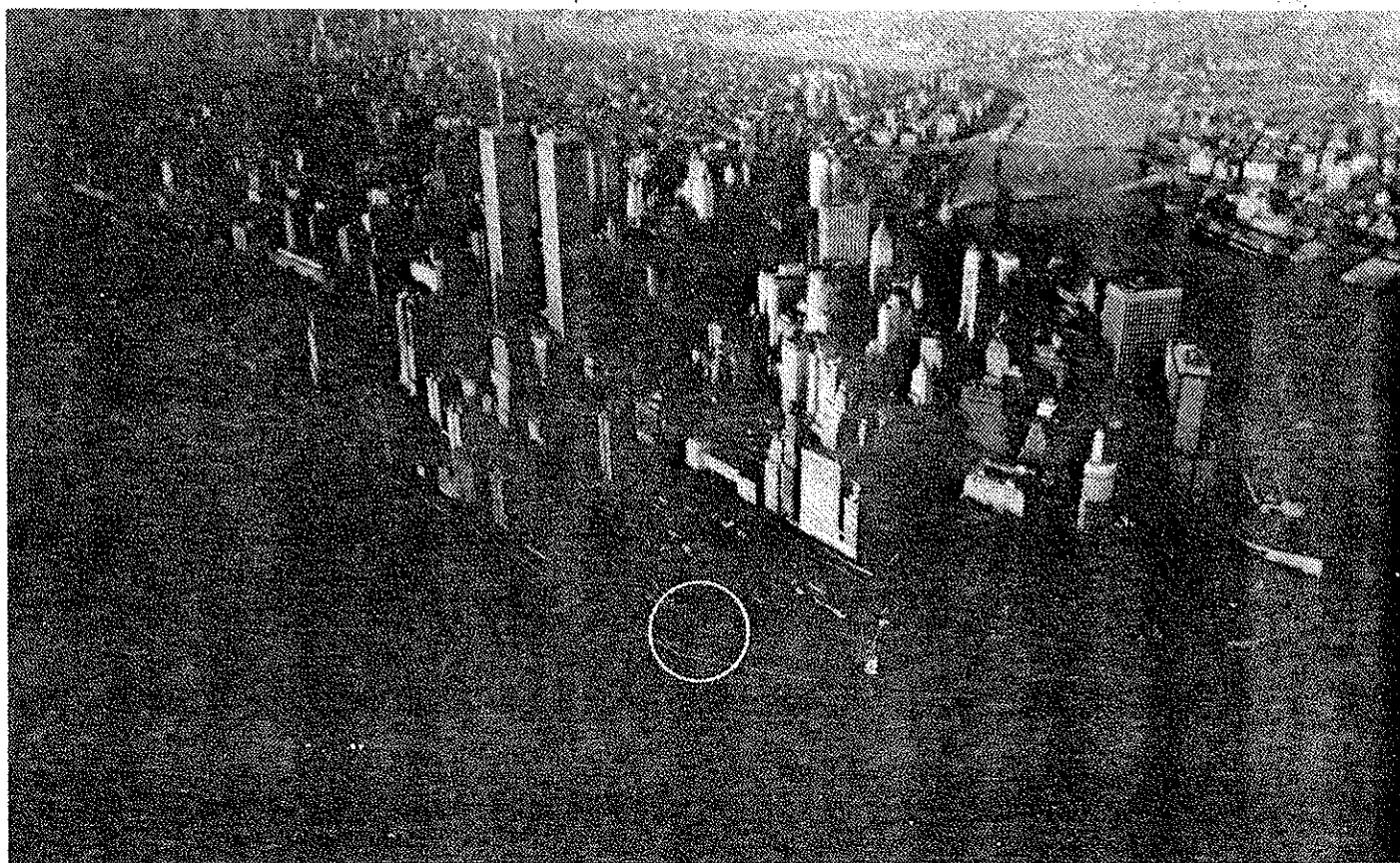
Gegenstände, die von einer typischen Einwandererfamilie entweder im Haushalt oder für religiöse Zwecke benutzt wurden; Ausschnitte aus Zeitungen in Ladino und jiddisch; Hausiererausweise; Ankündigungen des jidischen Theaters; gedruckte Führer für Neuein-

wanderer; andere Objekte, die Reise nach Amerika, die Eingliederung und die Amerikanisierung jüdischer Gebräuche und Zeremonien illustrieren; Photos und Filmabschnitte.

Falls Sie glauben, daß Sie gewisse Dokumente oder Photos haben, die Sie dem Museum zur Verfügung stellen möchten, setzen Sie sich bitte mit unserer Forschungsabteilung in Verbindung und zwar mit:

Ester Brumberg, Research Coordinator, A Living Memorial to the Holocaust - Museum of Jewish Heritage, 342 Madison Avenue, Suite 717, New York, N.Y. 10173. Telefon: 001-212-678/9141.

Geplanter Standort des Museums of Jewish Heritage gegenüber dem Freiheitsdenkmal und Ellis Island



Als 16jähriger ins Kinder-KZ Moringen

„Wegen staatsfeindlicher Umtriebe von Gestapo verhaftet“ / Dr. Elisabeth Rehn schreibt die Biographie ihres Vaters

„Von zentraler Bedeutung ist die Suche der Jüngeren nach ihrer Selbstachtung und ihrem Platz in der heutigen Welt. Sie wollen und müssen wissen, wer sie sind, wo sie herkommen und wer die anderen sind, mit denen sie diese Welt teilen und gestalten sollen.“ Bundespräsident Richard von Weizsäckers Worte — hier anlässlich des 37. Historikertages in Bamberg — erweisen sich immer wieder als wunderbar zitierfähig. In diesem Fall sind sie sogar zutreffend. Als Stipendiatin der Straßmann-Stiftung betreibt Dr. Elisabeth Rehn, 1951 in Heide/Holstein geboren, Familienforschung ganz besonderer Art. Sie zeichnet den Lebenslauf ihres Vaters auf, der als Sechzehnjähriger in das Kinder-KZ in Moringen nördlich von Kassel eingewiesen wurde.

Erwin Rehn wird am 23. Februar 1927 in Heide geboren. Er wächst in einem überschaubaren Gemeinwesen auf. Voll wohligen Gruselns besichtigt er als kleiner Junge das Stadtgefängnis, kennt den einzigen jüdischen Geschäftsmann Samuel Stillschweig als „Opa Ziegenbart“ und bewundert die „giftigen Hitlers“ in der Großen Westerstraße, wo er aufwächst. So nennt er die SS-Männer wegen ihres Totenkopfszeichens.

Nach 1933, als Hitler an die Macht kommt, erweist sich Vater Johann Rehn als vorsichtiger Mitläufer wider Willen. Der Krankenkassenangestellte kann auf eine mehrjährige Mitgliedschaft in der SPD zurückblicken. Anders Mutter Elsa: In der Ortsgruppe der NS-Frauenschaft ist sie von Anfang an dabei, besucht den Reichsparteitag in Nürnberg oder das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald. Das Einzelkind erlebt heftige Wortgefechte, Plädoyers für den „Führer“ seitens der Mutter und skeptische Einwände des Vaters.

Der Sechsjährige gehört zu den Zuschauern, die miterleben, wie der pazifistische Druckereibesitzer Paul Riechert aus der Süderstraße von SA-Männern durch die Stadt geführt wird. Er und sein Sohn stehen auf einem Pferdeplattenwagen und tragen die Schilder „Ich bin ein Hoch- und Landesverräter“ und „Meine Familie ist ebenso“. Die Umzüge und die Aufmärsche auf dem großen Heider Marktplatz werden immer häufiger. Die Namen vom SA-Standarten-Träger und vom Sturmkasierer kann Erwin Rehn heute noch aufzählen, ebenso wie die Namen der beiden Brüder, die dem Zug voraneilen, um den Zuschauern, die nicht grüßen, die Hüte vom Kopf zu schlagen. 1937 wird der Stadt Heide von der Partei ein linientreuer Bürgermeister verordnet. Es ist ein „alter Kämpfer“ aus dem Nachbarort Wesselburen.

Der neue Bürgermeister beweist gleich bei seinem Amtsantritt Ordnungssinn. Auf dem unübersichtlichen Marktplatz muß der Kandelaber weichen. Um ihn hatte sich mancher Demonstrationszug geschart. Zu seinen Füßen hatten Redner gestanden, wurden Bekanntmachungen gelesen. Kurz, der Kandelaber hatte Heider Bürgersinn symbolisiert. Alle diese Einzelbeobachtungen mögen dazu beigetragen haben, daß das aufmerksame Einzelkind seiner Umwelt skeptisch gegenübersteht. Auch die Oberrealschule in Heide, die seit 1933 „Adolf-Hitler-Schule“ heißt, hat dem heranwachsenden Erwin Rehn wenig Erfreuliches zu bieten. Flaggenparaden sind häufig im Schullalltag. Die Erfolge der braunen Machthaber, der Einmarsch ins Sudetenland, die „Erledigung“ der Rest-Tschechei, der Anschluß Österreichs, die Blitzkrieg-Siege, alles wird in der Schule

gebührend gefeiert. Das Fach „Leibeserziehung“ wird mit fünf Wochenstunden zum Hauptfach. Dem Jungen, der ein amtsärztliches Attest vom Sportunterricht befreit, fehlt jetzt nur noch ein fanatischer Klassenlehrer, dem mißfällt, daß Erwin Rehn die von den Schülern gesammelten feindlichen Flugblätter in der Klasse diskutiert. 1941 zu Ostern ist das Familiendrama perfekt. Die besorgten Eltern bringen den Jungen, dessen Versetzung gefährdet ist, in der Mittelschule in Albersdorf unter.

Sie wissen nicht, daß es für die ständig sich ändernden Schulnoten des Jungen einen handfesten Grund gibt. In Heide ist seit Kriegsbeginn eine wachsende Ausländergemeinde zu verzeichnen. Kriegsgefangene Polen machen den Anfang. Sowjetische Gefangene kommen hinzu. Ein Franzosenlager wird eingerichtet. Bald sind alienthalben zwangsverpflichtete Dänen und Holländer anzutreffen. „Aus Neugier“, so Erwin Rehn im Rückblick zu seinen Motiven, nimmt der Schüler Kontakt zu ihnen auf. Bald nimmt er intensiv am Leben der kleinen Ausländergemeinde teil. Die Dänen und Holländer, die er kennenlernt, haben bereits in ihrer Heimat Formen des Widerstands gegen die deutschen Besatzer kennengelernt und praktiziert. In Heide und Umgebung entsteht jetzt ein loses Nachrichtennetz, in dem Neuigkeiten über den Fortgang des Krieges ausgetauscht werden und Aufrufe zum Arbeitsboykott kursieren. Erwin Rehn, der täglich mit dem Zug zur Schule in Albersdorf fährt, erweist sich als nützlicher Kurier.

Im Frühsommer des Jahres 1942 kommt es zu den ersten Problemen, der Fünfzehnjährige wird der Polizei vorgeführt, der Vater wird verwahrt. Anfang September flattert mit der Post ein Strafbescheid des HJ-Bannes ins Haus. Der „verschärfte Verweis“ wird wie folgt begründet: „Du hast als beständiger Rottenführer und Führer einer Kameradschaft Dich als jugendlicher in Lokalitäten mit Holländern und Dänen aufgehalten anstatt Dich mit deutschen Kameraden abzugeben. Du hast ebenfalls durch vieles Rauchen gegen die Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend verstoßen. Du hast ein feindliches Flugblatt weiterverbreitet anstatt dieses abzuliefern. Dein Verhalten in der Öffentlichkeit war sehr schlecht. Dein Verhalten gegenüber HJ-Führern war ebenfalls sehr schlecht... Erwirb Dir das Vertrauen Deiner Kameraden wieder!“

Unauffällig — wie er meint — macht der Junge weiter. Gemeinsam mit einem Klassenkameraden versucht er im Februar 1943 ein Flugblatt zu vervielfältigen. Der Entwurf erweist sich als fehlerhaft und landet im Kohlenkeller der Schule im Altpapier, das regelmäßig verheizt wird. Als

Erwin Rehn nach einem Vorstellungstermin beim Norddeutschen Lloyd in Bremen, wo er sich als Offiziersanwärter beworben hat, zur Schule zurückkommt, merkt er bald, daß etwas nicht stimmt. Der Entwurf ist gefunden worden. Auf Umwegen kehrt der Schüler nach Hause zurück.

Auf eine Flucht war er schon seit längerem vorbereitet gewesen. Einer seiner holländischen Freunde hatte ihm einen ungestempelten Urlaubsschein zukommen lassen, mit dem er jetzt den Grenzübergang nach Holland wagen will. Fünf Tage ist der Junge unterwegs, bis er weisungsgemäß den Versuch macht, sich bei Nieuwe Schanz unter den regen morgendlichen Berufsverkehr an der Grenze mischen. Er verschätzt sich in der Zeit — seine Uhr ist stehen geblieben — und läuft früh morgens um sechs Uhr einer Grenzpatrouille in die Hände.

Die Bremer Polizei vermutet zunächst, daß der jugendliche Ausreißer Ärger in der Schule hat, bis aus Heide das Telex kommt mit dem Vermerk „Rückkehr unerwünscht“. Jetzt kommt die Gestapo zum Zug. Es folgen Wochen der Vernehmung. Einige Stationen sind die Polizeigefängnisse in Bremen, Hamburg und Kiel. In Neumünster kann der Junge von seinem Fenster aus seinen Onkel Ferdinand aus Büsum, dem eine defätistische Äußerung zum Verhängnis geworden war, seine Runden drehen sehen.

„Sehr blaß und elend“

Am 27. Mai 1943 wird Erwin Rehn als Lagerzögling 933 in Moringen in Südniedersachsen registriert, hiervon zeugt das Effektenverzeichnis mit dem Briefkopf „SS-Sonderlager (Jugendschutzlager) Moringen“, das der Junge sich heimlich aneignen und über die gesamte Haftzeit retten konnte.

Von Anfang März bis Ende Mai wissen die Eltern nichts Genaues über den Verbleib des Jungen. Für den 13. März hatte der „Heider Anzeiger“ gemeldet: „Ein jugendlicher Ausreißer aus Heide, der noch die Schule besuchte und nach seinen Angaben ins Ausland wollte, wurde von der Polizei in Bremen festgenommen. Für ihn wird sich die Geheime Staatspolizei interessieren.“ Das Verzeichnis der Zu- und Abgänge der Schule in Albersdorf enthält unter dem Datum 2. März den Vermerk: „Wegen staatsfeindlicher Umtriebe von der Geh. Staatspolizei verhaftet.“ Am 4. März erhält Johann Rehn die endgültige Schulgeldabrechnung der Kirchspielkasse Albersdorf mit der Aufforderung, noch 18,30 Reichsmark zu entrichten. Der Schulleiter ist offenbar besser über das Schicksal Erwin Rehns informiert als die Eltern. Diese hoffen die ganze Zeit darauf, daß der Junge wieder frei kommt, und entfalten eine fieberhafte Schreibtätigkeit, um die Ausbildungsstelle beim Norddeutschen Lloyd freizuhalten. Nervös fragt der Vater bei der Gestapo in Kiel an, ob der Junge fristgerecht in Bremen erscheinen kann, und in Kiel wird diese Anfrage gründlich mißverstanden: „Auf die Anfrage vom 12.3.1943 teile ich Ihnen mit, daß für Ihren Sohn Erwin eine Einstellungsmög-

lichkeit bei der Staatspolizeistelle Kiel nicht besteht."

Mutter Elsa erinnert sich an einen Versuch der Eltern, den Jungen in Moringen zu sehen: „Mein Mann und ich beschlossen nun, meinen Sohn zu besuchen. Wir haben in einer Gastwirtschaft in der Nähe des Lagers gewohnt. Wie wir im Lager ankamen, wurden wir nicht sehr freundlich empfangen. Man sagte uns: ‚Hätten Sie Ihren Sohn besser erzogen, dann wäre er nicht hier.‘ Dann waren wir wieder draußen. In der Gastwirtschaft trafen wir dann zufällig einen von diesen Uniformierten mit dem S auf dem Ärmel. Der machte sich an uns heran und sagte uns, daß unser Sohn viermal den Tag an dieser Gastwirtschaft vorbeigeführt wurde, wenn alle zur Arbeit mußten. Da haben wir ihn mittags gesehen. Der Mann sagte noch, wenn wir ihn treffen sollten, dann dürften wir ihn nicht ansprechen. Das war eine kleine Gruppe, von je vorne und hinten mit zwei Uniformierten mit aufgestellten Seitengewehren begleitet. Die Jungs hatten eine graue Gefängnisuniform an und eine kleine runde Mütze auf. Da mein Sohn ja so groß ist, waren die Hosenbeine mit einem schwarzen Stoffstreifen verlängert. Mein Sohn selbst sah sehr blaß und elend aus. Wir haben uns dann auch das Lager von außen angesehen. Es war rundherum mit hohem Stacheldraht eingezäunt. Sogar die Pfeiler waren bis oben hin eingewickelt. Im Hof lief dann auch ein Posten mit aufgezacktem Seitengewehr. So wurden bei uns nicht einmal die Kriegsgefangenen zur Arbeit gebracht.“

Soweit Elsa Rehn, die zeit ihres Lebens nicht begreifen wird, was ihren einzigen Sohn zum „Zuchthäusler“ machte.

Zwei Jahre verbringt Erwin Rehn im Lager. Bis zu 16 Stunden am Tag wird gearbeitet. Zählappelle und der Laufschrift, die einzige Fortbewegungsart für Stapohäftlinge, prägen den Lageralltag, zusammen mit einem ausgeklügelten Strafenkatalog mit Essensentzug, hartem Lager und der Prügelstrafe auf dem Bock. Erwin Rehn gehört zu den reichsdeutschen Häftlingen, die am 4. April 1945 mit Einberufungsbefehlen des 37. Panzergrenadier Bataillons Wolfenbüttel versehen werden. Am 11. April gerät die Gruppe in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Ende Mai bricht der achtzehnjährige Erwin Rehn zusammen, klagt über Fieber und Atemnot. Die Ärzte stellen bei ihrem Patienten, der bei einer Körpergröße von 1,83 Metern 48 Kilo wiegt, eine beidseitige Lungentuberkulose fest.

Soweit die Karriere meines Vater, was Widerstand und Verfolgung im sogenannten „Dritten Reich“ betrifft und soweit sie sich aus seinen eigenen Erinnerungen und den wenigen Schriftstücken, die mein Großvater als korrekter Beamter aufbewahrte, rekonstruieren läßt. Erwin Rehn heiratet 1951. Mit der tatkräftigen Unterstützung seiner Ehefrau Elisabeth errichtet er in Weddingstedt bei Heide einen Tischlereibetrieb. Nach dem Abitur der Tochter wandert er mit seiner Familie nach Israel aus. Das milde Klima hält den Lungenkranken noch lange im



Erwin Rehn kurz vor seiner Verhaftung im Jahre 1943. Diesen Amateurschnappschuß entdeckte die Autorin in Holland. Repro: Elisabeth Rehn

Mittelmeerraum. Seit 1984 lebt Erwin Rehn mit seiner Frau in Straßburg.

Biographische Details genügen mir nicht. Ich möchte mehr wissen über den nationalsozialistischen Alltag, die Welt des sogenannten „kleinen Mannes“. Irgendwann erhoffe ich mir eine Antwort auf die Frage, wie ich selbst unter diesen Umständen reagiert hätte.

Aus dem Heider Stadtarchiv bringe ich eine Fotokopie nach Hause, die den Namen meines Vaters trägt. Unter der laufenden Straflistennummer 105 finde ich ihn in einem Polizeistrafenregister, in dem seine erste Begegnung mit der Polizei im Frühjahr 1942 dokumentiert ist. „Hat sich als Jugendlicher in Lokalen ohne Begleitung aufgehalten“, heißt es dort. Diese Übertretung wird mit einer Geldstrafe von 20 Mark geahndet.

Andernorts hat man weitaus umfangreicheres Aktenmaterial über meinen Vater vorzuweisen. Aufgrund seiner – wenn auch sehr kurzen Wehrdienstzeit – bezieht er eine Versorgungsrente. Die Begründung in etwa: Während dieser Zeit und der darauf folgenden Gefangenschaft habe sich seine Tuberkulose, die unversorgt blieb, verschlimmert. Die Akte ist beim Versorgungsamt in Stuttgart zu finden. Auf meine Bitte um Akteneinsicht habe ich nie eine Antwort erhalten. Mein Vater selbst mußte sich an das Stuttgarter Sozialgericht wenden, um seine eigenen Akten einsehen zu können. Ein weiterer riesiger Aktenberg, der sich auf meinen Vater bezieht, lagert in einem Keller des Sozialministeriums des Landes Schleswig-Holstein in Kiel. Beim Studium dieser Akten konnte ich noch einmal Revue passieren lassen, was ein Familienleben während meiner Kindheit und Jugend nachhaltig prägte: Der ständig bettlägrige Vater, der chronische Geldmangel. Immer wieder tauchen ärzt-

liche Gutachten auf, die davon zeugen, daß kaum einer der Mediziner den jungen Mann dabei unterstützt hat, psychisch mit der lebensbedrohenden Lungenkrankheit fertig zu werden – ganz zu schweigen vom Trauma des Konzentrationslagers. In der Schar der Gutachter Erwin Rehns erscheint sogar der Name Dr. Sawade. Der Euthanasie-Spezialist Prof. Heyde hatte nach dem Krieg jahrelang in Flensburg unter diesem Namen praktiziert.

Eine andere Frage wird in den verschiedenen Entscheidungen über einen Rentenanspruch meines Vaters immer wieder gestellt: Inwieweit wird Widerstand gegen den Naziterror von bundesrepublikanischen Juristen als rechtmäßig anerkannt? In einem Schreiben des Landesentschädigungsamtes aus dem Jahr 1955 heißt es: „Die Festnahme des Antragstellers und seine Unterbringung in dem sogenannten Jugendschutzlager Moringen beruhten auf einem Verhalten, das nicht nur nach nationalsozialistischer Auffassung eine strafbare Handlung, nämlich ein landesverräterisches Delikt, darstellt.“

Ja, man stellt dem Antragsteller sogar mündlich die Frage, warum er sich keiner deutschen Widerstandsgruppe angeschlossen habe.

Den Kieler Akten entnehme ich, daß in der Strafvollzugsanstalt Neumünster eine Gefangenenpersonalakte meines Vaters lagern muß. Sie wurde zuletzt im Jahr 1982 vom Sozialministerium des Landes angefordert und muß dort gemäß der Aktennotizen auch vorgelegen haben. Diese Gefangenenpersonalakte des Gestapohäftlings Erwin Rehn, der nie einen Richter gesehen hat, wäre für meine Recherchen natürlich besonders interessant. Bis heute habe ich diese Akte nicht gesehen.

Eine Hamburger Polit-Posse

von Johannes Richter

Es ist der 2. Oktober. Die freien und festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte Neuengamme, etwa 20 an der Zahl (vier davon sind Hauptamtliche !) haben sich im Museum für Hamburgische Geschichte (dem das Dokumentenhaus unterstellt ist) zu einer kleinen Feier versammelt. Grund dafür ist die Amtseinführung des neuen Leiters, Detlef Garbe. Man begeht die Feierlichkeit hier in Hamburg-St. Pauli, 30 km entfernt von jenem Ort, wo zwischen 1938 und 1945 abertausend Menschen durch Arbeit vernichtet wurden, weil zur Zeit das Haus, das an diesem Tag einen neuen Leiter kriegen soll, geschlossen ist. Auf Anordnung von "ganz Oben". Am 29. August waren die Roma und Cinti gekommen, und um zu vermeiden, daß sie erneut das Dokumentenhaus besetzen, um "mit einem Hungerstreik den Staat zu erpressen" (sinngemäßer Wortlaut der Kulturbehörde), hat man es kurzerhand geschlossen. Doch ganz so leicht fiel diese selbstmächtige Entscheidung den Verantwortlichen dann doch nicht. Man entschied sich ein Zettelchen an der Tür befestigen zu lassen, auf dem der/die vergebens gekommene Besucher/in zu lesen bekam: "Das Dokumentenhaus ist bis zum 1. September wegen der Vorbereitung einer Ausstellung geschlossen."

Inzwischen hat Herr D., Regierungsdirektor der Kulturbehörde, seine Antrittsrede beendet, dem neuen langersehnten Hausherrn ein Bouquet überreicht. Seine Kollegin von der der Behörde, die eigentlich auch hätte zugegen sein sollen, entschuldigt er. Sie sei leider verhindert,

Abschließend lädt er die Versammelten zu einer Aussprache in die Kulturbehörde ein. Es war inzwischen bis dorthin vorgedrungen, daß einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Amtshandlung der Schließung, die sie schon einen Monat an der Ausübung ihrer Tätigkeit hindert, nicht ganz einverstanden sind. Die Angesprochenen waren überrascht und berieten sich nach der Feierlichkeit, was man denn sagen wolle. Es wurde entschieden, unzweideutig zu sagen, daß man für die Schließung kein Verständnis habe.

Es kommt anders.

Als sich dieselben um 13.00 Uhr in der Kulturbehörde einfanden, warten dort schon die Behördenvertreter, neugierig darauf, wie die Gäste die Neuigkeit, die man ihnen mitzuteilen hat, wohl aufnehmen werden. Nachdem sich alle gesetzt haben, platzen sie heraus: "Heute morgen ist das von den Roma besetzte Klinkerwerk in einem Polizeieinsatz geräumt worden."

Haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhört, oder erlaubt sich der Mann einen schlechten Scherz?

Tatsächlich waren während der Amtseinführung des neuen Leiters 30 km weiter nordöstlich Polizisten am Werk, sägten Türen auf und machten den verschüchterten Roma deutlich "Wir haben hier das Sagen!"

Und zu guter letzt trifft auch die am Morgen vermißte Frau M., gerade vom Schauplatz zurückgekehrt, ein. Herr D. hingegen wird verlegen und verläßt den Raum.

Initiativen zur Entschädigung von NS-Opfern

Die Bemühungen zur Entschädigung von NS-Opfern gehen auf verschiedenen Ebenen weiter. Anfang Dezember war im Bundestags-Innenausschuß eine Anhörung zur Völkerrechtlichen Fragen bei der Entschädigung von Zwangsarbeitern. Von den Anwesenden acht GutachterInnen hat nur einer dezidiert die Position vertreten, daß es aus Völkerrechtlichen Gründe nicht möglich sei, Entschädigungszahlungen an ausländische Anspruchsberechtigte zu leisten.

Nachdem eine Anhörung in einem Landtagsausschuß vor fast zwei Jahren keine weiteren Aktivitäten nach sich gezogen hat, ist die Schleswig-Holsteinsche Landesregierung um eine Stiftungs-Lösung bemüht. Auch in Wiesbaden hat mit den Landtagsfraktionen der SPD und der GRÜNEN hierzu eine Gesprächsrunde stattgefunden, die im Laufe des Frühjahres in einen Antrag im Parlament münden soll.

Nachdem die Bemühungen in den letzten vier Jahren, über gesetzliche Regelungen zu Verbesserungen in den Leistungen zu kommen, nur in den Länder-Stiftungen in Berlin/West und Hamburg zu einigermaßen zufriedenstellenden Ergebnissen geführt hat, wird die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. einen Mitgliederbeschluß in die Tat umsetzen und einen Musterprozeß für die Entschädigung von nicht entlohnter Zwangsarbeit durchführen. Bisher sind solche privatrechtlichen Prozesse immer verloren worden. Die ASF erhofft sich durch die politischen Aktivitäten und die verbesserte historische Forschungslage eine Verbesserung der schlechten Aussichten auf Erfolg. Dieser Prozeß, der für eine Zwangsarbeiterin geführt werden soll, die über das KZ Ravensbrück bei Siemens zur Arbeit gezwungen wurde, soll neben den rechtlichen Fragen nochmals auf die allgemeine Problematik hinweisen. Genauere Informationen können ab Mitte März bei ASF, Thomas Lutz, angefordert werden.

In Köln soll zum 1. April eine Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte ihre Arbeit aufnehmen. Ziel ist es, den Anspruchsberechtigten bei der Durchsetzung ihrer Forderungen zu helfen. Für bestehenden rechtlichen Regelungen sollen in ein verständliches Deutsch hingewiesen werden. Die Erkenntnisse der einzelnen Beratungsstellen der Verfolgtengruppen sollen koordiniert und unterstützt werden. Ein Projektrat, der aus Verfolgtenorgani-

sationen gebildet wird, hat die Fachaufsicht über die drei Angestellten. Organisatorisch sind sie angebunden an den Verein EL-De-Haus e.V., Gartestraße 16, 5000 Köln 60.

Derselbe Verein setzt sich auch für eine Stiftung der Stadt Köln ein. Die in der erhofften Form ebenfalls Modellcharakter hätte. Ein Artikel aus "die tageszeitung" vom 7. Februar stellt das Modell vor. Weitere Auskünfte erteilt der Vereinsvorsitzende Peter Liebermann, Adresse s.o..

Vergangenheitsbewältigung in Köln?

„Projektgruppe Messelager“ legte Modellplan einer Stiftung für ehemalige Zwangsarbeiter vor

Köln (taz) — Sie retteten Verschnittete nach Luftangriffen, räumten Bomben und Trümmer beiseite und bauten zerstörte Gebäude wieder auf: Die Zwangsarbeiter, die von 1942 bis 1945 in einer Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald in den Kölner Messehallen untergebracht waren. Die Kölner Stadtverwaltung koordinierte damals die Einsätze der Häftlinge, die mithelfen mußten, das öffentliche Leben in der Stadt aufrechtzuerhalten.

Entschädigt wurden die meisten dieser Häftlinge bisher nicht. Zwangsarbeit gilt als „kriegsbedingt“, und eine Entschädigung kann nur über Reparationszahlungen zwischen am Kriege beteiligten Staaten geleistet werden. 45 Jahre nach Kriegsende steht eine endgültige Regelung der Reparationsfrage immer noch aus, weshalb Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter vor bundesdeutschen Gerichten regelmäßig abgewiesen werden.

In Köln will die „Projektgruppe Messelager“, die 1989 mit Historikern und mit ehemaligen Häftlingen ein Symposium zur Vergangenheit der Messehallen veranstaltet hatte, die Stadt jetzt in die Pflicht nehmen. Erstmals in der Bundesrepublik soll nach dem Willen der Projekt-

gruppe ein „kommunales Projekt zur Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts“ entstehen. Das Konzept sieht vor, daß die Stadt eine Stiftung errichtet und mit einem Kapital von fünf Millionen Mark ausstattet. Aus den Zinserträgen sollen jeweils mindestens 5.000 Mark an jene ehemaligen Häftlinge gezahlt werden, die seinerzeit im unmittelbaren Interesse der Stadt Köln und ihrer Bevölkerung gearbeitet haben. Die Stadt, die auch in diesem Jahr ein Besuchsprogramm ehemaliger Häftlinge mit 100.000 Mark fördert, soll mit der Einrichtung der „Kölner Stiftung“ eine Vorreiterrolle spielen und auch für die Wirtschaft beispielgebend sein. Die Unternehmen, die in weit größerem Ausmaß als die Kommune von der Zwangsarbeit profitiert haben, sollen sich — so sieht es das Konzept vor — an der „Kölner Stiftung“ beteiligen.

Zur Zeit erarbeitet die Kölner Stadtverwaltung, der die Projektgruppe ihr Konzept vorstellte, ein Gutachten zu der Frage, ob und wie „kommunale Entschädigung“ der Zwangsarbeiter geleistet werden kann. Peter Liebermann von der Projektgruppe erwartet zwar juristische Probleme für die Stiftung, hält deren Einrichtung dennoch für dringend notwendig, zumal „es bis zu einer Regelung des Bundes noch Jahre dauern kann und man die Entschädigungsfrage schließlich nicht so lange diskutieren kann, bis sie sich biologisch löst“.

Die Kölner SPD-Fraktion, die schon 1987 vom Unterbezirksparteitag aufgefordert worden war, Wege für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter zu finden, will nun das städtische Gutachten abwarten. Die Kölner Grünen dagegen wollen ein eigenes Gutachten zur „kommunalen Entschädigung“ in Auftrag geben. Jochen Arnz

Diskussion um Gedenkstätte Drütte geht weiter

Ergebnis einer Anhörung im Rathaus: Keine Alternativlösung für eine Gedenkstätte

Hoffnung auf die Hochstraße bleibt Expertengruppe arbeitete Gutachten aus

Die Pläne zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Salzgitter unter der Hochstraße des Hüttenwerkes sollen weiter verfolgt werden. Der Aufbau einer solchen Dokumentationsstätte an anderer Stelle des Stadtgebietes wurde vom überwiegenden Teil der Verbände und Organisationen, die sich bisher mit dieser Sache befaßten, abgelehnt. Höchstens ein Provisorium, das auch wirklich ein Provisorium sein und als solches zu erkennen sein sollte, wurde von einigen Vertretern der Verbände akzeptiert, die jetzt von Oberstadtdirektor Dr. Hendrik Grötrup zu einer Anhörung ins Rathaus eingeladen worden waren.

Alternativlösung

Grundlage der Anhörung war das von einer Expertengruppe ausgearbeitete Gutachten zur dieser Frage, zu dem auch die jetzt im Rathaus vertretenen Organisationen gehört worden waren. Das Gutachten war den Vereinigungen vor einiger Zeit zugestellt worden. Die Stadt wollte nun die Meinung dazu hören, zumal die Kommission in Anbetracht der bisher unveränderlichen Haltung der Salzgitter AG, die die Errichtung einer Gedenkstätte am Ort des Geschehens ablehnt, eine Alternativlösung auf dem Gelände des ehemaligen Lagers 21 in der Nähe des Friedhofs Westerholz bei Hallendorf vorge schlagen hatte.

Für die Verwirklichung einer Gedenkstätte an dieser Stelle setzte sich lediglich die Vertreterin des Geschichtsvereins Salzgitter, Dr. Gudrun Pischke, ein, die sie in längeren Ausführungen begründete.

Der Vertreter des Arbeitskreises Stadtgeschichte, der sich seit einiger Zeit zusammen mit anderen Gruppen intensiv für die Errichtung einer Gedenkstätte unter der Hochstraße einsetzt, erhartete die Forderung des Arbeitskreises, nur am Ort des Geschehens eine solche Gedenkstätte zu errichten. Der Arbeitskreis sei optimistisch, erklärte Frank Erhardt, daß die Salzgitter AG im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ihre Meinung zu dieser Frage ändern werde. Er lehnte eine Alternativlösung ab, war aber einverstanden, wenn als Provisorium zunächst eine Ausstellung unter der Hochstraße eingerichtet wird, für die bereits Pläne vorgelegt wurden (die SZ berichtete darüber).

Propst Martin Brackhahn von der evangelischen Propstei Lebenstedt schloß sich diesen Ausführungen im großen und ganzen an, wie auch Erwin Thielen vom Komitee Dokumentationsstätte Drütte. Thielen wies darauf hin, daß der Name des Komitees auf dessen Aufgabe hinweise. Sollte eine Dokumentationsstätte unter der Hochstraße nicht möglich sein, würde sich das Komitee auflösen.

Verärgert über P+S

Auch die Synode der evangelischen Propstei Salzgitter-Bad sei der Meinung, daß der pädagogische Effekt, der mit einer solchen Gedenkstätte erreicht werden soll, nur am Ort des Geschehens möglich sei, erklärte Pastor Alfred Kaufmann. Die Propsteisynode sei verärgert darüber, daß die Verwirklichung dieser Pläne immer wieder am Votum einer einzelnen Einrichtung

scheitere. Die Vertreterin des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes, Lotte Mannel aus Salzgitter-Bad, trat ebenfalls für eine Dokumentationsstätte unter der Hochstraße ein. Im übrigen sei dieser Platz bereits Gedenkstätte, denn es fänden jährlich dort Kundgebungen statt und eine Gedenktafel sei ebenfalls angebracht worden.

Herbert Wittek vom Betriebsrat P+S bezeichnete die bisherige ablehnende Haltung der Vorstände der Salzgitter AG und der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG als eine rein politische Entscheidung. Die bisher immer wieder von dieser Seite vorgeschobenen Investitionen, die dort vorgenommen werden sollten, seien bis heute nicht verwirklicht worden.

Kein Zwang für 1992

Im übrigen sei der Betriebsrat ebenfalls optimistisch, daß sich die Meinung der Vorstände wandelt. In jüngster Zeit gebe es keine Schwierigkeiten mehr, Besucher an den Ort des früheren KZ's unter der Hochstraße zu führen. Man werde auch mit dem neuen Vorstand des Gesamtkonzerns Preussag-Salzgitter im Gespräch bleiben.

Einig waren sich alle Vertreter (mit Ausnahme des Geschichtsvereins), daß das Stadtjubiläum 1992 kein zwingender Grund sei, eine fertige Dokumentationsstätte vorzuweisen. Die im Gang befindlichen Vorhaben weisen darauf hin, daß die Stadt sich mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte befaßt, wogegen der Vorstand der Salzgitter AG sich nicht zur politischen Vergangenheit des Konzerns bekenne. ka.

Salzgitter-Zeitung vom 13.1.1990

Schwierigkeiten mit Archiven?

Die Arbeit in Archiven ist für die Erarbeitung von Dokumentationen im Gedenkstättenbereich von großer Bedeutung. Häufig wird diese Arbeit durch Archive aus unterschiedlichen Gründen ungerechtfertigt behindert. Die Benutzer sind Ablehnungen auf Einsichtnahme in Akten meist mehr oder weniger hilflos ausgeliefert, da die Rechtslage oft undurchsichtig und wenig publik ist. Wir - das ist eine bundesweit verteilte kleine Gruppe gewerkschaftlich

orientierter Archivare - möchten hier Abhilfe schaffen. Sollten Sie also von einer als ungerechtfertigt empfundenen Ablehnung betroffen sein, wenden Sie sich bitte an uns.

Konataktadresse:

Dr. Volker Schockenhoff
Kampweg 10
4837 Verl 1

Synagoge Gudensberg

Synagogen-Gebäude:

Ohne Zusagen kein Ankauf

Gudensberg (ula). Grundsätzlich sind die Gudensberger Stadtverordneten bereit, ihr Scherflein zur Erhaltung des Synagogengebäudes in der Hintergasse beizutragen und den mit dem jetzigen Eigentümer vereinbarten Preis zu zahlen. Allerdings muß vorher geklärt sein, wer die Finanzierung der Sanierung übernimmt und welche Nutzungskonzepte für das Gebäude in Frage kommen. Dazu sei, so übereinstimmend alle vier Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen, die Gründung eines Trägervereins notwendig.

Zur Vorbereitung der weiteren Aktivitäten im Hinblick auf die Erhaltung der ehemaligen Synagoge wird eine Kommission gebildet mit dem Bürgermeister an der Spitze, Vertretern des Magistrats und des Parlaments sowie sachkundigen Bürgern. Sind diese Bedingungen erfüllt, soll die endgültige Entscheidung über den Ankauf getroffen werden.

Auf diese Formel, vom Magistrat vorgelegt, einigten sich die alle vier Fraktionen von SPD, Stadtverordneten mehrheitlich und beschlossen sie bei drei Gegenstimmen. Rolf Jahn (SPD), Bernd Siebert (CDU) und Heiner

Pohlmann (FDP) betonten übereinstimmend, daß ein Kauf des Gebäudes ohne vorherige Klärung der weiteren Finanzierung und Nutzung nicht in Frage komme.

Was es bei der Podiumsdiskussion im November zur Zukunft des Gebäudes an Versprechen von Landtagsabgeordneten oder Landrat gegeben habe, sei halt nicht mehr als eine vage Zusage: bewilligt worden sei bislang kein einziger Pfennig. Ganz leicht könne die Stadt daher in die Lage kommen, mit der weiteren Finanzierung allein gelassen zu werden, wenn sie die Eigentümerin des Synagogengebäudes sei.

Auch die Grünen (Sprecherin: Ute Stöhr) stimmten dem Grundsatzbeschluß samt Bedingungen zu, doch müsse aus den Ankündigungen auch Realität werden. Mehr Verbindlichkeit wünsche man sich, um die Erhaltung des Gebäudes auch tatsächlich sicherzustellen. Auch bei mangelnden Finanzierungszusagen von Land und Kreis könne sich die Stadt nicht mehr aus der Verantwortung

stehlen.

Kritik übten die Fraktionssprecher an frühzeitigen Veröffentlichungen von Beschlußvorlagen zur Synagoge: Emotionen würden dadurch geweckt, zu dem fühle sich das Parlament zum reinen Zustimmungsgremium herabgewürdigt. Der Appell des Gudensberger Arbeitskreises Synagoge, doch sofort den Kauf als ersten Schritt zur Erhaltung zu beschließen, werteten sie als Versuch, Druck auszuüben, gar als Notigung.

Bürgermeister Paul Dinges suchte zu, die Minimallosung zur Abdichtung des Daches sei für wenige tausend Mark zu haben und werde auch realisiert. Der Beschluß des Parlamentes setze den Magistrat in die Lage zu handeln, nach außen in Aktion zu treten. Finanzierungsträger würden gestellt, vor der Bewilligungszusagen müsse die Stadt dann Eigentümerin sein. Katharina Thiersch vom Arbeitskreis Denkmalpflege habe jedoch bereits betont, daß 1990 kein Pfennig aus ihren Mitteln in das Gudensberger Synagogengebäude bereitstehe.

Fritzlar-Homberger Allgemeine 18.12.90

Mahn- und Gedenkstätte Grafeneck in Planung

Reutlinger General-Anzeiger 21.9.89

Zuschüsse für Gedenkstätte

Münsingen und Gomadingen geben je 5 000 Mark für Grafeneck

Münsingen/Gomadingen. (vg) Mit jeweils 5 000 Mark aus ihren Gemeindegeldern fördern die Stadt Münsingen und die Gemeinde Gomadingen den Bau einer Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie auf Grafeneck. Das beschlossen jetzt die Gemeinderäte der beiden Kommunen ohne Diskussion und Gegenstimmen. Damit schließen sich Münsingen und Gomadingen dem Kreistag an, der das Projekt mit 40 000 Mark fördert. Bauträger ist die Samariterstiftung, in deren Einrichtung auf Grafeneck 110 mehrfach behinderte Männer betreut, gepflegt und gefördert werden.

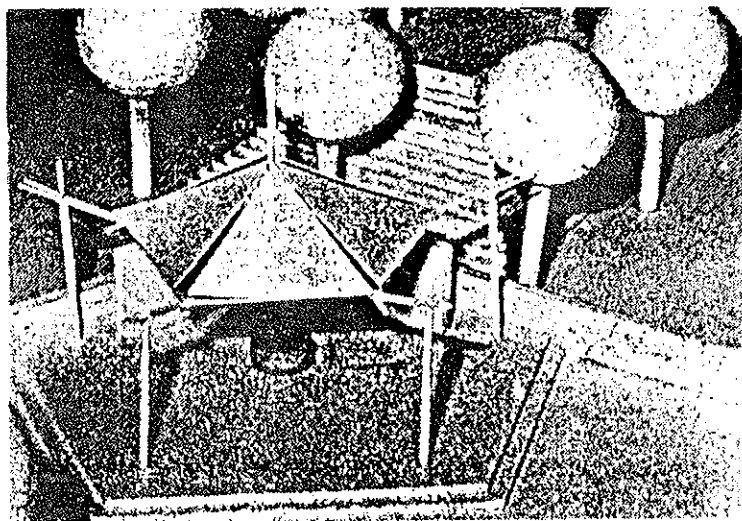
ter Mogg (SPD) mit 105 000 Mark an den Kosten des Projekts; die Württembergische Landeskirche gibt weitere 60 000 Mark. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben ausführlich über den Verlauf des internationalen Aufbau-lagers berichtet; jüngst interessierte sich eine deutschsprachige Zeitung in den USA für das Thema.

Im November nächsten Jahres wird die Kapelle fertiggestellt sein. In unmittelbarer Nähe zum Friedhof von Grafeneck entsteht eine von leichten Stahlträgern gehaltene fünfeckige

Dachkonstruktion, die an das fünfte Gebot (»Du sollst nicht töten«) erinnert. In der Mitte an der Rückwand der offenen Kapelle symbolisiert ein Riß das Geschehen auf Grafeneck: wo 1940 das »Euthanasie-Programm« der Nazis begann und über 10 000 behinderte Männer, Frauen und Kinder aus dem süddeutschen Raum als sogenanntes »unwertes Leben« vergast und verbrannt wurden. Die Kapelle entwarf der Nürtinger Architekt Professor Weinbrenner. Zur Einweihung am Buß- und Bettag wird Landesbischof Theo Sorg kommen.

Mit dem Bau der Gedenkstätte wurde im Rahmen eines internationalen Aufbau-lagers begonnen. 25 junge Erwachsene aus den USA, Palästina, Ungarn und Württemberg bauten in zwei Wochen die Trockenmauern: die auf die als offene Kapelle geplante Gedenkstätte hinführen. Mit Unterstützung örtlicher Bauunternehmen haben die jungen Leute den ersten Bauabschnitt abgeschlossen. Der Wert der Mauern wird auf rund 40 000 Mark geschätzt. Das Aufbau-lager wurde vom »Arbeitskreis Euthanasie« im Evangelischen Jugendwerk organisiert.

Der Bau der Gedenkstätte auf Grafeneck findet breite Unterstützung und Aufmerksamkeit. So beteiligen sich das Land Baden-Württemberg auf Initiative der beiden Landtagsabgeordneten Paul Stefan Mauz (CDU) und Wal-



bundesweites Seminar: Jugendopposition und deren Unter- drückung vom 24.-27. Mai in Moringen

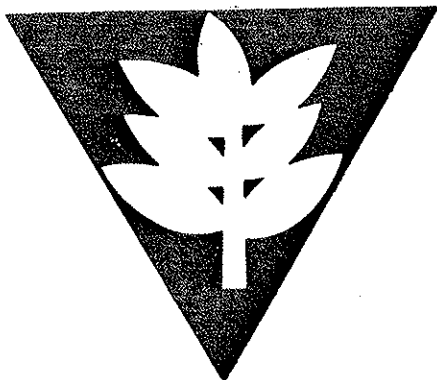
Vom 24.-27. Mai ist gemeinsam mit der Lagergemeinschaft/Gedenkstätteninitiative KZ Moringen e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung das nächste Gedenkstättenseminar geplant. Das endgültige Programm und die Einladungen werden getrennt von der FES zugesandt.

Das Schicksal des Häftlings Ludwig Rehn, über den in diesem Rundbrief berichtet wurde, wird ein Beitrag sein. Neben einer Einführung in die Szene der Jugendopposition und der konkreten Geschichte des KZ Moringen wollen wir uns der aktuellen Auseinandersetzung um die Einrichtung einer Gedenkstätte widmen. Auch in wie weit die Beschäftigung mit der Geschichte von Jugendlichen für die pädagogische Arbeit mit jungen Besuchern heute hilfreich sein kann, soll besprochen werden. Darüber hinaus läßt das Programm noch genügend Raum, um sich über aktuelle Entwicklungen in anderen Gedenkstätten/-Initiativen auszutauschen.

Ich bitte daher, entsprechendes Material mitzubringen und vorzustellen. Über eine kurze Nachricht wäre ich dankbar.

Hinweisen möchte ich darauf, daß wir in der neu erbauten schönen Jugendherberge von Northeim in einem Flügel untergebracht sein werden, der nur für unser Seminar reserviert ist.

Falls jemand nicht in Mehrbettzimmern übernachten möchte, kann in der Nähe eine Pension reserviert werden. Die Mehrkosten müssen selbst getragen werden.



Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück 1933 - 1945

Diese Ausstellung des Studienkreises deutscher Widerstand wird nach bis zum 30.

LEHRHAUS: JUDENTUM

Diese Veranstaltungen werden **parallel** durchgeführt:

jeweils **donnerstags** um **18 Uhr**,

**18. Januar 1990,
8. Februar 1990,
15. März 1990,
10. Mai 1990,
21. Juni 1990**

Uwe Bauer, Pastor i. S.
**Einführung in das
rabbinische Judentum
am Beispiel des Rabbi
Akiba: Tradition von und
über Rabbi Akiba aus
Mischnah, Talmud und
anderen Textsammlungen**

Edna Brocke, M. A.
**Jüdische Auslegung zur
biblischen Erzählung von
der Anbindung Isaaks
(bei Christen als
„Opferung Isaaks“
bekannt) in Genesis 22**

jeweils **montags**
um **18 Uhr**

Dr. Michael Zimmermann
**Die Geschichte der
Essener jüdischen
Gemeinde 1800-1943
(Fortsetzung)**

15. Januar 1990

**Entrechtung und
Ausgrenzung 1933-1938**

12. Februar 1990

**Das Bemühen um
Selbstbehauptung**

19. März 1990

**Der Novemberpogrom in
Essen**

14. Mai 1990

**Die jüdische Gemeinde
während des Zweiten
Weltkrieges**

18. Juni 1990

**Die Deportation aus
Essen und dem Rhein-
Ruhr-Gebiet**



Alte Synagoge Essen
Steeler Straße 29
4300 Essen 1
Telefon 02 01 / 88-46 43
oder 88-53 27

März in der Gedenkstätte Hadamar gezeigt:
Di-Fr 9 - 16 Uhr, Donnerstag bis 18 Uhr.

Seminar vom 12. bis 13. Mai 1990

Ort: Historisch-ökologische Bildungsstätte (HÖB), Spillmanns-
weg 20, 2990 Papenburg, Tel. 04961/74533 od. 7053
Leitung: Heiner Schüpp, Kurt Buck
Beginn: Sonnabend, den 12.05. um 09.30 Uhr
Ende: Sonntag, den 13.05. um 14.30 Uhr
Gebühr: 56 DM (ermäßigt 42 DM) einschl. Unterlunft/Verpflegung
Veranstaltungs-Nr. 90-44

"Die Erforschung der Situation der Kriegsgefangenen in den Emslandlagern steckt bisher noch in den Anfängen. Die ersten Ergebnisse der Forschungsarbeit sollen in dem Seminar vorgestellt werden."

(Aus: Veranstaltungsprogramm Februar - Juli 1990 der HÖB)

Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kriegsgefangenen in den Stalags VIB Versen und VIC Bathorn, zu denen die dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellten acht südlichen Emslandlager von 1939 bis 1945 gehörten, ist kaum etwas bekannt. Bis zu 25.000 unbekannte sowjetische Kriegsgefangene sind in diesen Lagern ums Leben gekommen.

Durch Kontakte des DIZ nach Polen und durch Informationen aus der Region sind inzwischen viele Fotos, Dokumente und Erlebnisberichte gesammelt worden, die im Rahmen dieses Seminars erstmalig vorgestellt werden.

Zum geplanten Verlauf dieses Seminars:

Sonnabend:

Professor Dr. Werner Boldt (Oldenburg):

Das Kriegsgefangenenwesen und die völkerrechtlichen Bestimmungen zur
Behandlung von Kriegsgefangenen

Die unterschiedliche Behandlung westallierter und osteuropäischer,
besonders sowjetischer Kriegsgefangener in den Lagern (Referent: NN)

Nachmittags:

Exkursion

zu Standorten ehemaliger Kriegsgefangenenlager im südlichen Emsland

Sonntag:

Kurt Buck:

Die emsländischen Kriegsgefangenenlager unter besonderer Berücksichti-
gung der polnischen Kriegsgefangenen

(Vortrag; Fotos; Zeitzeugenberichte; Film!)

Anmeldung

Hiermit melde ich mich zu folgender(n) Veranstaltung(en) an:

Kurztitel der Veranstaltung: _____ Nr. _____

Kurztitel der Veranstaltung: _____ Nr. _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Name/Anschrift/Telefon: _____

(Bitte absenden an: Historisch-ökologische Bildungsstätte, Spillmanns-
weg 20, 2990 Papenburg); Anmeldung wird mit Informationen bestätigt!

FRAUEN im Konzentrationslager

Moringen
Lichtenburg
Ravensbrück

1933 -
1945

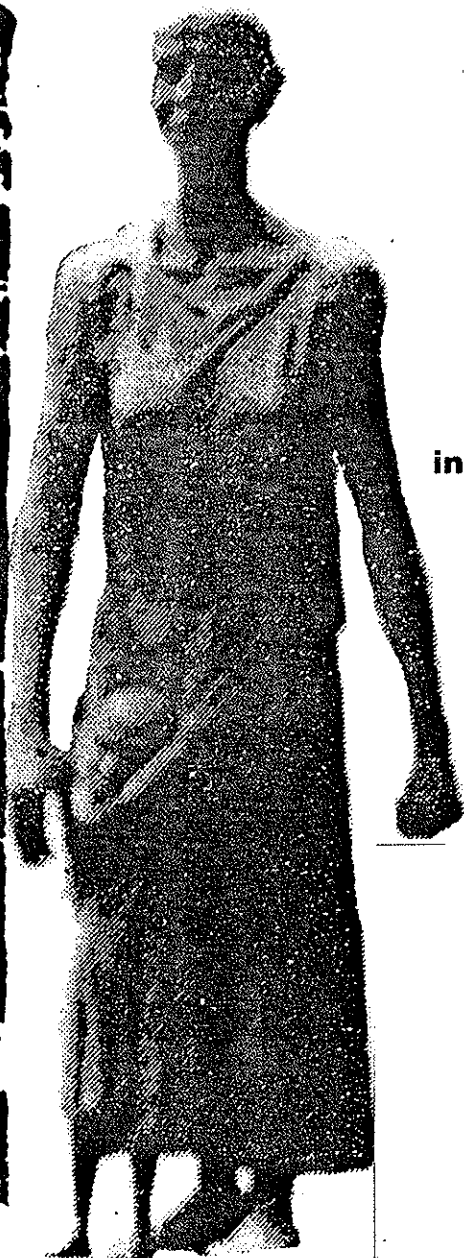
Ausstellung
in der Gedenkstätte Hadamar
Mönchberg 8, 6253 Hadamar

20. 2. - 30. 3. 1990

Öffnungszeiten:

Di. - Fr. 9 - 16 Uhr

Do. 9 - 18 Uhr



Gestaltung: Rolf Gerner, unter teilweiser Verwendung der Plakate "Die Frauen von Ravensbrück" von Fritz Cremer



Landeswohlfahrtsverband Hessen • Gedenkstätte Hadamar

Eine Ausstellung des Studienkreises deutscher Widerstand, Frankfurt

Literaturhinweise

Bücher, Broschüren:

Günter Steiner: Waldecks Weg ins Dritte Reich; Band 11 der Schriftenreihe "Nationalsozialismus in Nordhessen - Schriften zur regionalen Zeitgeschichte", 328 Seiten; zu beziehen über: Buchhandlung Junior & Pressler, Lassallestraße 15, 3500 Kassel, 1990, 30 DM.

Geschichtswerkstatt, Heft 19: Zwangsarbeit
Red.: Geschichtswerkstatt Marburg, Biegenstraße 30, 3550 Marburg; zu beziehen über ergebnisse-Verlag, Hamburg 1989.

Verband Bildender Künstler Württemberg e.V. (Hg.): Kunst zum Überleben - gezeichnet in Auschwitz; Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, die u.a. noch vom 6.-28. April in der Alten Synagoge Essen zu sehen sein wird, Ulm 1989, ISBN: 3-88294-144-8.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945, Band 4: SAARLAND; erhältlich im Buchhandel oder im Studienkreis deutscher Widerstand 1933 bis 1945, Rossertstraße 9, 6000 Frankfurt, 184 S., 18.- DM, Köln 1989.

Ausstellungen

Zerschlagenes Rad - Zigeuner zwischen Romantisierung und Vernichtung:

Die Ausstellung ist von Studentinnen und Studenten des Faches Geschichte an der Universität Essen hergestellt worden. Sie gliedert sich in die Bereiche: Zigeunerpolitik, Der Bürger schafft sich seinen Zigeuner, Zigeunerwissenschaft, NS-Verfolgung, Entschädigung und Variationen der Vergangenheit. Die Ausstellung umfaßt 27 Bild- und Dokumententafeln 70x100 CM sowie ergänzende Tafeln mit kommentierten Texten. Der Versicherungswert der Ausstellung beträgt 20.000 DM. Der Entleiher übernimmt den Transport der Ausstellung von bzw. zurück zur ALTEN SYNAGOGESSEN; er stellt die Rahmen für die Bild- und Dokumententafeln. Interessenten wenden sich bitte an: Michael Zimmermann, ALTE SYNAGOGESSEN, Steeler Str. 29, 4300 Essen 1, 0201/88-5382.

Vor 50 Jahren: »Reichskristallnacht«

15 jüdische Bürger werden aus Dachau vertrieben - mehr als 10 000 Juden werden in das Konzentrationslager eingewiesen.



Dachau ist somit jüdenfrei....

Die Ausstellung, die der Dachauer Arbeitskreis "Reichskristallnacht" hergestellt hat, zeigt exemplarisch das Schicksal jüdischer Mitbürger in kleiner deutschen Städten. Dachau mit dem nahen Konzentrationslager ist keine Einzelfall....

Inhalt der Ausstellung sind: Vorgeschichte der Judenverfolgung, Die Ereignisse in der Stadt Dachau, Im Konzentrationslager Dachau, Nach der Vertreibung und Epilog.

44 Tafeln mit Bild- und Textelementen, zusammen 240 kg in zwei Holzkisten, dazu: 44 Standfüße und Holzplatten, Höhe 2,20m, verpackt in einer Kiste beträgt der Umfang. Die Ausstellung benötigt etwa 120 qm Platz.

Interessenten wenden sich zur genauen Nachfrage nach den Verleihbedingungen, auch Plakate und ein Katalog können geliefert werden, an:

Rainer Viereggs Ausstellungen, Geranienstraße 7, 8012 Ottobrunn-Riemerling, 089/6013970.

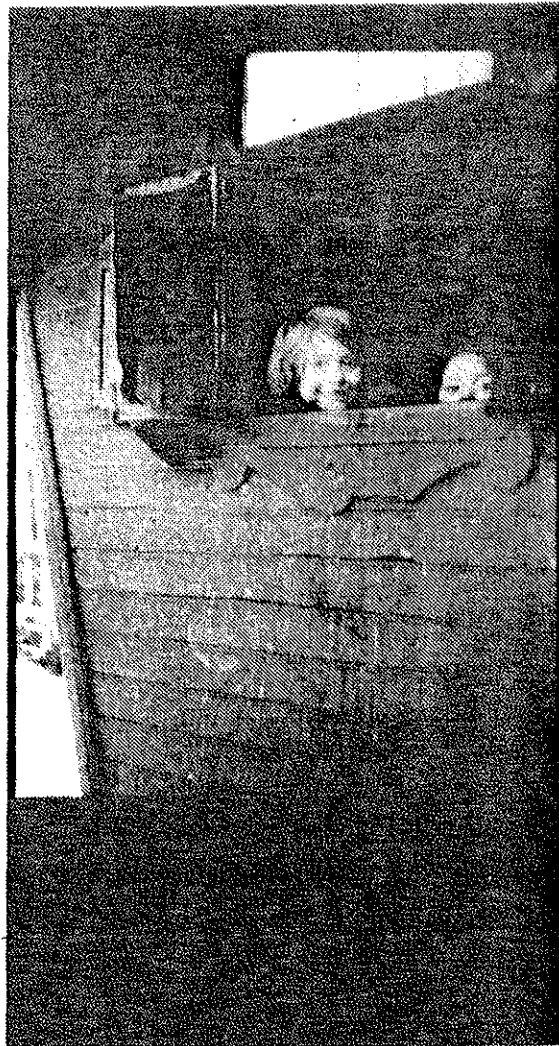
Zerschlagenes Rad

Zigeuner

zwischen

Romantisierung und

Vernichtung



Ausstellung vom 8. November 1989 bis zum 10. Februar 1990
in den Räumen des Faches Geschichte an der
Universität Essen, R 12, 5. Etage
Ausstellungseröffnung am 8. November 1989 um 18.00 Uhr

Konzeption und Realisierung:
Studentinnen und Studenten
des Faches Geschichte an der Universität Essen

Die Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste e.V. erstellt vierteljährlich
einen **PRESSESPIEGEL ZUR RECHTSENTWICKLUNG**

Er enthält Beiträge aus folgenden Publikationen:

Frankfurter Rundschau; Tagesspiegel; tageszeitung (taz); Süddeutsche Zeitung; Spiegel; Die Zeit; Deutsche Volkszeitung/die tat; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt; Jüdische Allgemeine Wochenzeitung; Konkret; Blätter für deutsche und internationale Politik.

Die abgedruckten Berichte, Meldungen, Kommentare, Analysen widerspiegeln die Resonanz der aktuellen Rechtsentwicklung in unserer Öffentlichkeit.

Sie liefern Informationen über

- Entwicklungen rechtsextremer/neofaschistischer Parteien und Gruppen
- Reaktionen demokratischer Parteien und Organisationen
- Wahlergebnisse / Wahlanalysen
- alltägliche Gewalt von rechts
- Antisemitismus, Rassismus/Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus
- Rechtsextremismus / Neofaschismus in Europa

Der PRESSESPIEGEL ZUR RECHTSENTWICKLUNG erscheint jeweils 2 Wochen nach Quartalsende. Der Umfang beträgt ca. 48 Seiten. Der Kostenbeitrag für das Jahresabonnement 1990 (4 PRESSESPIEGEL incl. Versandkosten) beträgt DM 15.-, zahlbar im voraus per Scheck oder in Briefmarken.

SONDERANGEBOT

(solange der Vorrat reicht) :
4 PRESSESPIEGEL des Jahres 1989
für DM 8.- (incl. Versandkosten).



Bitte abschneiden und senden an:

Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste e.V., Lebensstraße 1, 1000 Berlin 12

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabonnement 1990 des PRESSESPIEGEL ZUR RECHTSENTWICKLUNG (DM 15.- incl. Versandkosten)
- ☐ Ich bestelle die 4 PRESSESPIEGEL ZUR RECHTSENTWICKLUNG 1989 (DM 8.- incl. Versandkosten)

Name: -----

Anschrift: -----

Der Kostenbeitrag ist entrichtet mit beiliegendem Scheck / mit beiliegenden Briefmarken.

Jörg Eschenauer Nikola Tietze

Das beredte Schweigen L'éloquent silence
des de
Klaus Barbie

Eine Umfrage unter französischen Schülern über den
Barbie-Prozeß durchgeführt von Freiwilligen der
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Un sondage sur le procès Barbie réalisé par de
volontaires d'ASF auprès de lycéens français

Mit einem Vorwort von

Avec un préface de

Marie-José Chombart de Lauwe



Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Action Réconciliation/Services pour la Paix

**Das beredte Schweigen des
Klaus Barbie**

Eine Umfrage unter
französischen Schülern über
den Barbie-Prozeß,
durchgeführt von Freiwilligen
der Aktion Sühnezeichen
76 Seiten, DM 5,80
Bestellnummer 7617

Wie sollen wir mit jungen Men-
schen über Auschwitz reden?
Wie sollen wir damit überhaupt
leben? Prozesse wie der gegen
Barbie vergegenwärtigen die
Geschichte. Durch ihre
Umfrage unter französischen
Schülern zum Barbie-Prozeß
haben die jungen Freiwilligen

der Aktion Sühnezeichen einen
Beitrag geleistet zu dieser
gemeinsamen Erinnerung und
zum bewußten Umgang mit
den unverzichtbaren Werten,
die die menschliche Gemein-
schaft zum Aufbau einer friedli-
chen Zukunft braucht

Bestellungen an: ASF, Hauptstraße 2, 3308 Königsutter-Beienrode